

ZUKUNFTSSTANDORT DIGITALE SCHWEIZ

eGov schweiz
innovation and network



Inhalt

1 Voraussetzungen und Potenziale eines elektronischen Bürgerdossiers für Schweizer Bürger/innen und Einwohner/innen	2
2 CNO Netzwerk – The Interchange of New Ideas	7

1 Voraussetzungen und Potenziale eines elektronischen Bürgerdossiers für Schweizer Bürger/innen und Einwohner/innen

Sowohl die Schweizer Bevölkerung, als auch die Schweizer Wirtschaft erwarten von der Verwaltung eine immer effizientere und flexiblere Behandlung ihrer Anliegen und dies über organisatorische Grenzen und föderale Ebenen hinweg. Um die gewünschte administrative Entlastung, die erwartete höhere Flexibilität sowie den einen einfacheren Zugang zu öffentlichen Leistungen zu realisieren, bieten moderne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) gewaltige Chancen. Allerdings bedarf es auch gewisser Voraussetzungen.

Verwaltungsabläufe müssen organisationsübergreifend optimiert werden und die verschiedenen Stellen müssen über ihre IKT-Systeme enger zusammenwirken, damit nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Endbenutzern, sondern auch die Zusammenarbeit innerhalb der Behörden vereinfacht werden kann.

Mit dem Projekt eBürgerdossier, das 2012 vom Verein eGov Schweiz lanciert wurde, soll neben der Vereinfachung des Zugangs zu den eigenen Daten der Bürger/innen und Einwohner/innen auch eine Vereinfachung des Datenaustauschs zwischen Bürger/innen bzw. Einwohner/innen und Behörden erreicht werden. Zudem soll ein einfacher und stetiger Überblick für die Bürger/innen und Einwohner/innen der Schweiz über die Verwendung ihrer eigenen Daten zur Verfügung gestellt werden. Damit fordert der Verein eGov Schweiz die Datentransparenz für Bürger/innen und Einwohner/innen. Behörden und Unternehmen sollen einen einfachen Zugriff auf Daten erhalten, aber nur nach der spezifischen Freigabe durch die Bürger/innen und Einwohner/innen.

Im Wortsinn der E-Government-Strategie Schweiz betrifft das eBürgerdossier sowohl den Datenaustausch zwischen Bürger/innen sowie Einwohner/innen und den Behörden wie auch den Datenaustausch zwischen Unternehmungen und den Behörden

Das eBürgerdossier wird definiert als Methoden, Technologien und Regulationen, mit denen die Bürger/innen sowie Einwohner/innen freiwillig Folgendes erreichen:

1. Auf relevante Dokumente können Bürger/innen bzw. Einwohner/innen jederzeit zugreifen, und sie können Daten über sich und Daten von sich erfassen und ändern.
2. Im Sinne des elektronischen Datenaustauschs können Bürger/innen bzw. Einwohner/innen anderen, autorisierten Akteuren Zugriff auf diese Daten und Dokumente gewähren sowie Daten und Dokumente von anderen Akteuren nach deren Freigabe einsehen.

Bei dem angedachten System sollte es sich also um ein über alle föderalen Strukturen zusammengefasstes Informationssystem handeln, das es verschiedenen Benutzern ermöglicht, Datenzugriffe anzufragen und freizugeben.

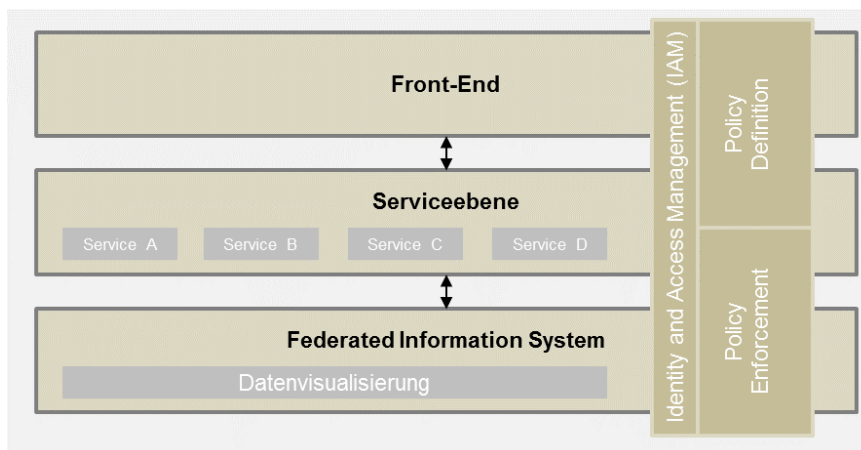


Abbildung 1: Zielbild eBürgerdossier.

Zentrales Element für die erfolgreiche Umsetzung eines solchen elektronischen Bürgerdossiers (eBürgerdossiers) ist die Bereitschaft der Bürger/innen, der Firmen und der Verwaltung das elektronische Dossier anzunehmen. Zur Einschätzung dieser Bereitschaft hat der Verein eGov-Schweiz zusammen mit der Berner Fachhochschule eine entsprechende Umfrage durchgeführt. Es zeigt sich, dass auf Seiten der Bürger/innen in der Schweiz eine ausserordentlich hohe Bereitschaft zum elektronischen Datenaustausch mit der Verwaltung vorhanden ist. Die Bereitschaft von Seiten der Verwaltung wird zudem durch die E-Government-Strategie des Bundes bestätigt, welche darlegt, dass ein solches eBürgerdossier einen wesentlichen Treiber für das E-Government in der Schweiz darstellt.

Lange Zeit unklar war jedoch, welche konkreten Voraussetzungen tatsächlich notwendig sind, um das Konzept des eBürgerdossiers in der Schweiz überhaupt erfolgreich umsetzen zu können.

Der Verein eGov Schweiz hat aus diesem Grund Mitte des Jahres 2016 eine Studie veröffentlicht, welche die wichtigen politischen sowie technologischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung des eBürgerdossiers in der Schweiz identifizieren soll und zudem die Effekte einer erfolgreichen Umsetzung aus volkswirtschaftlicher und aus wirtschaftlicher Sicht einzelner Akteure schätzt und diskutiert.

Es zeigt sich, dass aus der technologischen Perspektive neben dem Plattformmanagement das Interaction, Identify und Access Management sowie das Dokumenten- und Datenmanagement übergreifende Hauptvoraussetzungen sind. Dadurch könnten sowohl das Festlegen entsprechender Regeln (die Policy-Definition) als auch die Einhaltung der jeweiligen Regeln (das Policy Enforcement) durchgehend sichergestellt werden. Besonders im Kontext der Interaktion und der Datenfreigabe zwischen Bürger/innen und Einwohner/innen mit öffentlichen Verwaltungen sowie Unternehmen ist dies aufgrund rechtlicher Vorgaben unerlässlich.

Bedingt durch technologische MUSS- sowie Querschnittsvoraussetzungen, zeichnet sich eine Architektur des eBürgerdossiers ab, die folgende Komponenten aufweisen sollte:

- *Identity and Access Management*, um die Bürger/innen zu identifizieren und damit die Bürger/innen die Berechtigungen der Akteure verwalten können.
- *Policy Enforcement*, welches die Berechtigungen auf die Dokumente sicherstellt.
- *Master Index, Government Index* und *Organisation Index*, wo die Bürger/innen ihre Berechtigungen und Merkmale pflegen können bzw. wo administrative Kräfte, diese verwalten
- *Document Management*, damit die Bürger/innen die Dokumente verwalten können.
- *(Web-)Services* als Fachfunktionen. Diese Services können von öffentlichen Organisationen oder vertrauten Drittlieferanten zur Verfügung gestellt werden.
- *Document Registry*, das die Liste aller verfügbaren Dokumente enthält, welche in dezentralen Remote Data Repositories bereitgestellt werden.

Eine mögliche Ausgestaltung dieser Architektur ist beispielhaft in Abbildung 2 aufgezeigt.

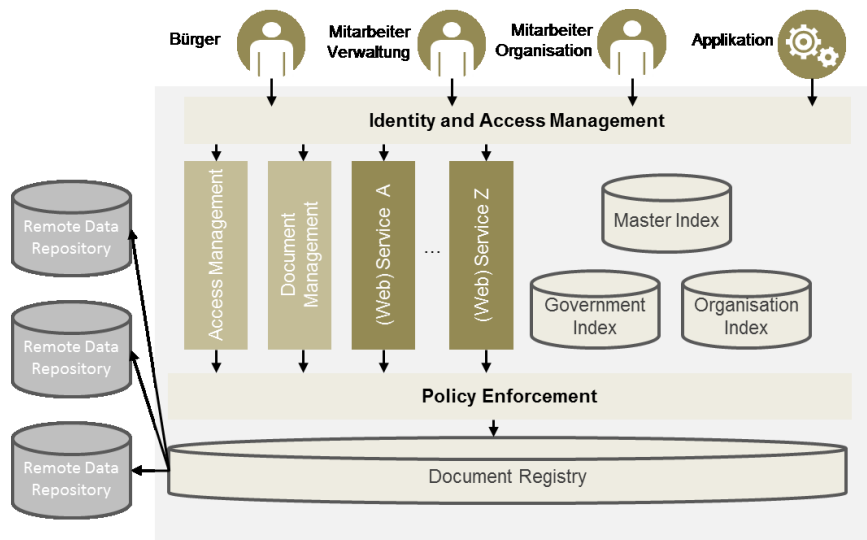


Abbildung 2: Potenzielle Architektur eines eBürgerdossiers.

Politisch betrachtet liegt die zentrale Voraussetzung in der Schaffung einer entsprechenden Governance, die den Bürger, respektive den Einwohner, als Inhaber bzw. Souverän des eBürgerdossiers in den Mittelpunkt stellt. Basierend auf den aufgezeigten Anwendungsfällen stellen dabei die Rolle von Bürger/in und Einwohner/in als Inhaber/in des eBürgerdossiers mit der resultierenden Daten- und Informationshoheit zum einen sowie die Garantie der Daten- und Informationssicherheit durch Betreiber und Leistungsanbieter des eBürgerdossiers und der freie Zugang von privaten und öffentlichen Organisationen zur Infrastruktur des eBürgerdossiers zum anderen, die grundlegenden Eckpunkte einer solchen gemeinsamen Governance-Lösung dar. Zudem sollte eine eindeutige Departementszugehörigkeit auf Stufe Bund die öffentliche Koordination und Legitimation des eBürgerdossiers sicherstellen.

Für die erfolgreiche Umsetzung des eBürgerdossiers in der Schweiz müssen somit Bürger/innen und Einwohner/innen zu jedem Zeitpunkt in der Mitte aller Konstruktionen stehen. Transparenz und Vertrauen sowie die Sicherheit müssen gewährleistet und entsprechende Lösungen sollten dezentral, aber vollständig sein. Zuerst ist dabei die notwendige Governance-Umgebung sicherzustellen.

Des Weiteren muss von staatlicher Seite her eine elektronische Identität zur Verfügung gestellt sowie eine Akkreditierungs- und Zertifizierungsstelle geschaffen werden. Da die Anfangsinvestitionen zudem als eher hoch eingestuft werden und die Rentabilität von sehr vielen nicht direkt beeinflussbaren Faktoren abhängt, besteht eine Notwendigkeit bezüglich eines öffentlichen Anstosses für den Aufbau des eBürgerdossiers. Dabei scheint es von Vorteil zu sein, auf bereits verfügbare und funktionierende Lösungen zurückzugreifen bzw. diese zu adaptieren.

Ziel muss es sein, die am besten geeigneten und verfügbaren Komponenten intelligent einzukaufen und sich nicht mit grossen, teuren sowie sich langsam entwickelnden Projekten zu behindern, die in erster Linie in unflexible Systeme münden.

Aggregiert über alle Anwendungsgebiete hinweg ermöglicht ein eBürgerdossier in den Bereichen politische Partizipation, Standortattraktivität und Wohlfahrt für alle gesellschaftspolitischen Dimensionen substantielle qualitative Verbesserungen. Ökonomisch betrachtet kann zudem von einem durchweg positiven Effekt eines eBürgerdossiers gesprochen werden. Das Potenzial über alle möglichen Einsatzgebiete hinweg wird sogar mit bis zu 1% des Schweizer BIP beziffert, was einer Summe von über 6.5 Mrd. Schweizer Franken entspricht.

Die gesamte Studie können sie gratis über den Verein eGov Schweiz beziehen:
http://www.egov-schweiz.ch/media/archive2/Zukunftsstandort_digitale_Schweiz_dt_Web.pdf?csrf=MzEyMjkyNDc2OTc2Mg

Ansprechpartner	Funktion	Unternehmen
Renato Gunc	Präsident	Verein eGov Schweiz
Georg Ständike	Autor, Transformation Consultant	Dr. Pascal Sieber & Partners AG
Dr. Pascal Sieber	Transformation Consultant, Executive Board	Dr. Pascal Sieber & Partners AG

2 CNO Netzwerk – The Interchange of New Ideas

Im Chief Networking Officer (CNO) Netzwerk erforschen und entwickeln wir Ideen und Lösungen für ein besseres Verständnis der Anforderungen an die Informatik und ein besseres Verständnis für die Nützlichkeit der Informatik für Unternehmen und Verwaltungen. Das Projekt wird getragen von Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Medien.

Ein jährlicher Kongress, das CNO Panel, ist die Schweizer Plattform für das Top-Management mit Schwerpunktreferaten, Workshops und viel Raum für persönliches Networking.

Mit Chief Networking Officer (CNO) ist jene Person gemeint, die im Top-Management die Verantwortung für die Vernetzung des Unternehmens mit Kunden, Lieferanten und Partnern übernimmt. Der oder die CNO unterstützt unternehmensinterne und betriebsübergreifende Geschäftsprozesse mit Informatik und Telekommunikation, damit die beteiligten Mitarbeiter/innen effizient und effektiv zusammenarbeiten können, damit neue Geschäftsfelder erschlossen und die Wertschöpfung im Unternehmen oder in der Verwaltung gesteigert werden kann.

Wissenschaftliche Partner des CNO Netzwerks 2016 sind: IWI Institut für Wirtschaftsinformatik Universität Bern, Abteilung Information Management; IWI Institut für Wirtschaftsinformatik Universität Bern, Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit; IWI Institut für Wirtschaftsinformatik Universität Bern, Abteilung Information Engineering; KPM Kompetenzzentrum für Public Management Universität Bern; IfM Institute of Marketing Universität St. Gallen.

Verbandspartner des CNO Netzwerks 2016 sind: asut; ICT-Berufsbildung Schweiz; IFJ Institut für Jungunternehmen; Internet Briefing / Erfa-Gruppe; simsa; Swico; Swiss Marketing; WinLink.

Medienpartner des CNO Netzwerks 2016 sind: Netzmedien; IT Business; Der Organisator.

Kontakt

Dr. Pascal Sieber & Partners AG
+41 31 566 93 00
www.cno-panel.com